

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1,20 M., vierteljährlich 4,50 M. Durch Zedler u. a. d. m. Zeitungen frei und Post monatlich 1,75 M., vierteljährlich 5,25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1,65 M., vierteljährlich 4,95 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 3515, 3516, 3517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Seiten-Rahmen 25 Pf., Restamesse 1.-M.; außerhalb 30 Pf., Restamesse 1,50 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 180

Mittwoch, 16. April 1919.

73. Jahrgang.

### Amtliche Bekanntmachungen

#### Bekanntmachung.

Die Lebensmittelmengen, welche durch die französische Besatzung den deutschen Behörden zur Verfügung gestellt werden zwecks Verteilung an die Bevölkerung des Distrikts Wiesbaden, sind folgende:

Vom 26. März bis 4. April 1919:

Mehl	288 610 Kg.
Reis	107 260 "
Speck	33 603 "

Vom 4. bis 11. April 1919:

Kartoffeln	350 000 Kg.
Speck	11 250 "

Vom 12. bis 20. April 1919:

Kartoffeln	450 000 Kg.
Speck	11 250 "

Le Lt. Colonel

Administrateur supérieur du District de Wiesbaden.  
Signé: Pineau.

### Die Friedensverhandlungen.

#### Uebergabe der Bedingungen am 25. April.

Neuter meldet: Präsident Wilson gab am Montagabend als Vorsitzender des Vierertrats folgende Erklärung ab:

Angesichts der Tatsache, daß die Fragen, die bei dem Frieden mit Deutschland geregelt werden müssen, der vollständigen Lösung nahegerückt sind, beschloß die Vierertratskonferenz über die Frage beraten, anzuraten, daß die deutschen Bevollmächtigten eingeladen werden, mit den Vertretern der assoziierten Kriegführenden Nationen am 25. April in Versailles zusammenzukommen.

Paris, 14. April. (Havas.)

Nach Blättermeldungen erklärt eine hochstehende amerikanische Persönlichkeit in der „Chicago Tribune“, in einer von Wilson abgehaltenen Sitzung sei beschlossen worden, daß die Deutschen die Vorbedingungen am 25. April erhalten sollen. Sämtliche wesentlichen Fragen seien praktisch geregelt. Das Trentino- und das Adriaproblem werden heute erörtert und man nimmt an, daß Wilson bei dieser Gelegenheit unumwunden von den im Verlaufe der Verhandlungen zutage tretenden Hindernissen sprechen wird. Er will versuchen, das wahrscheinliche Datum des Friedensschlusses anzugeben. Da Wilson Frankreich zu Anfang des nächsten Monats zu verlassen beabsichtigt, wird in gewissen Kreisen vermutet, daß er den Deutschen von den Bestimmungen des endgültigen Friedensvertrages Mitteilung mache und daß die Regierung Ebert-Scheidemann den Amerikanern die Zustimmung gegeben hat, daß die Bedingungen zugunsten angenommen würden.

Paris, 15. April. (Havas.)

In der von Neuter bereits verbreiteten Mitteilung, daß nach einer Erklärung Wilsons die deutschen Delegierten am 25. in Versailles sein würden, sagt die Agentur Havas: Im Hinblick dessen, daß alle den Friedensvertrag betreffenden Fragen ihrer endgültigen Lösung nahe sind, kann der Text des Friedensvertrages beschleunigt werden. Dem soll nicht geantwortet werden, daß das Studium der anderen Vorschläge unterbrochen wird, im Gegenteil, daß man sehr rasche Fortschritte erwartet. Man hofft, daß die Fragen, welche Italien direkt betreffen, besonders die Fragen des Adriaproblems, schnell gelöst werden.

Paris, 14. April. (Neuter.)

Lloyd George, der nach London zurückgekehrt ist, wird am 17. April nach Paris zurückkehren.

Paris, 15. April.

Der „Temps“ veröffentlicht ein Interview mit Lloyd George vor seiner Abreise von Paris. Der englische Premierminister erklärte auf die Frage eines amerikanischen Journalisten, ob am 25. April der Friedensvertrag den deutschen Delegierten vorgelesen werden solle, daß doch noch nichts Bestimmtes beschlossen worden sei, doch sei heute ein Beschluß gefaßt worden, der sich wahrscheinlich diesem Datum nähert. Der Ministerpräsident fügte hinzu, er hoffe, am Donnerstag wieder in Paris zu sein. Der „Temps“ sagt, daß aus den Verhandlungen der letzten Tage, namentlich des gestrigen Tages, zwischen Clemenceau und Emile Borel hervorzugehen scheint, daß ein interalliiertes Abkommen in bezug auf den Orient in großen Zügen festgelegt wurde. Frankreich soll ein Mandat über Syrien mit Einschluss von Aleppo und Alexandrien erhalten. Die Vereinigten Staaten würden ein Mandat für Armenien übernehmen.

WTB. Weimar, 14. April.

Der 9. Ausschuss für die Friedensverhandlungen hat heute konstituiert. Er setzt sich aus dem Präsidenten der Nationalversammlung, den drei Vizepräsidenten der Nationalversammlung und 23 Mitgliedern aller Parteien zusammen: Lehmann (Nrr.) Vorsitzender, Schulz-Dahle (Soz.) stellv. Vorsitzender, Dietrich-Potsdam (Zentrum), Dankmann (Dem.), ferner aus den Sozialdemokraten: Krüger, Lohse, Nolte, Müller-Breslau, von Kühl-Stin, Frau Schilling, Schumann, Dr. Sauer, Stod, Vogel und Weid; vom Zentrum: Ehrhardt, Dr. Heim, Dr. Mayer-Schwaben, Dr. Spaha und Dr. Hermann-Polen, Dr. Dittbe, Freiherr v. Nitzschow, Dr. v. Bielefeld; von der Deutschnationalen Volkspartei: Dr. (Christlicher), Dr. Graf v. Poladowski-Wehner und Dr. Traub; von der Deutschen Sozialpartei: Dr. Streif, Dr. v. den Unabhängigen Sozialdemokraten: Gevers und Haase-Berlin.

### Scheidemann amtsmüde?

Die die „Post“ meldet zirkulieren in Weimar Gerüchte über eine Krise im Reichsministerium. Der neue Reichsfinanzminister Dornbura soll an die Uebernahme seines Amtes Bedingungen geknüpft haben, die der überreichten Sozialisierung vorbeugen sollen und die demokratischen Ziele in der Wirtschaftspolitik mehr in den Vordergrund treten lassen. Auf der anderen Seite habe der Entwurf über den Staatsgerichtshof bisher in der Nationalversammlung nur wenig Freunde gefunden, jedoch mit seiner Ablehnung gerechnet werden müsse. In der Nationalversammlung sei man der Ansicht, daß es nicht die Aufgabe der deutschen Republik sei, ein Scherengericht für deutsche Reichsherrn zu veranlassen. An diesem Punkt habe Deutschland schon mehr als genug getan, um sein Ansehen in der Welt zu schädigen.

An Zusammenhang damit wird gemeldet, daß Ministerpräsident Scheidemann amtsmüde sei.

Die Gerüchte erhalten sich hartnäckig, daß es im Reichsministerium kriselt. Der überraschende Rücktritt des Reichsfinanzministers Schiffer unmittelbar nach seiner großen Staatsrede in der Nationalversammlung hat den Gerüchten ein ziemliches Maß von Wahrscheinlichkeit gegeben, obwohl von offizieller Seite mit auffallendem Nachdruck betont wurde, daß die Stellung des Gesamtministeriums durch Schiffers Ausscheiden nicht berührt worden sei. Wertwürdig ist immerhin, daß über die Gründe, die Schiffer zu seinem Schritt veranlaßt haben, nichts zuverlässiges in die Öffentlichkeit dringt, und die Gründe, die genannt werden, z. B. Meinungsverschiedenheiten wegen des 1. Mai als Feiertag, sind insolge ihrer Unsicherheit eigentlich nur dazu angetan, das Mißtrauen noch zu erhöhen. Sicher ist, daß es Gründe sehr schwerwiegender und prinzipieller Natur waren, sonst hätte Schiffer mit Rücksicht auf die Litten seiner Parteifreunde sicherlich auf seinem Posten ausgeharrt. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß nicht nur innerpolitische, sondern auch außenpolitische Einflüsse an der Krise im Reichsministerium betragen. Wahrscheinlich ist man über die Friedensbedingungen in Weimar und Berlin nicht mehr einig in Erkenntnis, und der Rücktritt Schiffers ist vielleicht eine der ersten Folgen der Meinungsverschiedenheiten über die Annahme oder Ablehnung des Vertrages.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Ein Berliner Blatt behauptet, das Ausscheiden Schiffers hänge mit seiner Weigerung, in die Auszahlung größerer Pensionen für gewisse nach kurzer Zeit ausgeschiedene Unterstaatssekretäre der Revolutionszeit einzuwilligen, zusammen. Diese Behauptung ist unrichtig. Von niemand im Kabinett ist ein solches Ansuchen gestellt worden. Die Frage, ob ein Beamter, welche Stellung er auch eingenommen hat, pensionsberechtigt ist oder nicht, wird durchaus nach den Grundsätzen beantwortet, die vor der Revolution in Geltung waren.

### Bürgerkrieg in München.

In München ist die Ordnung noch nicht völlig hergestellt. Die Kommunisten herrschen seit nicht so allzu weiniger worden zu sein, wie es die amtlichen Berichte aus Bamberg und des ersten und dritten bayerischen Korps darzustellen haben. Zuverlässige Nachrichten liegen nicht vor, da jede Verbindung mit München, auch die drahtliche, immer noch abgeschnitten ist. Nach Meldungen, die aus Augsburg kommen, haben die Kommunisten am Sonntag Abend einen Angriff auf den Hauptbahnhof unternommen, der von einer Abteilung der Hoffmannschen Schutztruppe besetzt war. Auf den drei Stadtecken des Bahnhofs hatten sich allmählich bewaffnete Mannschaften der Roten Armee und anderer Truppenteile angesammelt. Die Beschießung des Bahnhofs erfolgte zunächst mit Gewehren und Maschinengewehren, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gab, insbesondere dadurch, daß die Passanten des Bahnhofes von der Schierei völlig überfallen wurden. Als der Angriff mit Maschinengewehren keinen Erfolg versprach, wurden drei Minenwerfer aufgeschossen. Da den Verteidigern des Bahnhofs nur Maschinengewehre und Handgranaten zur Verfügung standen, war ihre Lage durch die Tätigkeit der Minenwerfer ausserordentlich schwierig. Gegen zehn Uhr erfolgte ein allgemeiner Sturm auf den Bahnhof, bei dem es den Angreifern gelang, in den Bahnhof einzudringen. Die Besatzung, die unter der Beschickung schwer gelitten hatte, mußte sich ergeben. Am Triumphzug wurde der Bahnhofskommandant Alsenbrenner die Reihenhauer StraÙe hinausegeführt, um angeblich erschossen zu werden. In der Nacht wurde in luxurioser Weise die Stadtkommandantur, das Hauptquartier der republikanischen Schutztruppe, genommen sowie die anderen öffentlichen Gebäude Münchens und die Kasernen der republikanischen Schutztruppe. Ganz München sei am Montag früh in den Händen der Spartakisten gewesen. Der Generalkriegskommissar erklärte: Der Bahnhofspolizist war von Mannschaften der Roten Armee besetzt.

Auch von anderer Seite wird berichtet, daß die Kommunisten herrschaft in München keineswegs ganz niedergeworfen sei. In den Straßen der bayerischen Hauptstadt tobten heftige Kämpfe zwischen den regierungstreuen Truppen und den Roten Garde. Der Hauptbahnhof, die Post, das Haupttelegraphenamt und verschiedene andere öffentliche Gebäude befinden sich in den Händen der Kommunisten. Die Lage wird als sehr gefährlich angesehen. Der Schnellzug 5 40 nach München ging am Sonntag Abend erst um 10 Uhr erst um 11 Uhr 30 von Augsburg ab und wurde nur bis Pasing abgesetzt, weil um diese

Zeit im Bezirk des Münchener Hauptbahnhofs heftige Kämpfe stattfanden. Der Verkehr nach München war auch am Montag noch mit Schwierigkeiten verbunden. Die Züge werden abgeferligt, erreichen aber im nächsten Halbe nur Pasing. Es kommen jedoch keine Züge von München an.

### Ruhe in Dresden.

Aus Dresden wird berichtet: Sämtliche Gebäude sind außerordentlich stark gesichert und mit unbedingt erprobten Truppen besetzt, so daß ähnliche einschneidende Ereignisse wie die vorgefallenen neuerdings ausgeschlossen erscheinen. Inzwischen eingetroffene Grenzsicherungsabteilungen und Reichstruppen geben den Regierungsmassnahmen den notwendigen Nachdruck.

Bei den Unruhen am Samstag wurden zwei Personen getötet und zehn schwer verletzt. Die Fische des ermordeten Ministers konnte bis jetzt nicht aufgefunden werden. Die von der Reichsregierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung entsandten Truppen sind eingetroffen und in der Umgebung von Dresden untergebracht worden. In Dresden herrschte am Montag vollkommene Ruhe. Durch die Kämpfe sind schwere Beschädigungen an Gebäuden entstanden.

### Die Lage in Braunschweig.

Der Generalkriegskommissar der Arbeiter in Braunschweig und der Gegenstreik der Beamten und der Bürgerwehr dauert fort. Am Montag nachmittag wurden durch hannoversche Arbeiter hannoversche Zeitungen abgeworfen, die u. a. die Mitteilung enthielten, daß die Truppen des Generalkriegskommissars in Braunschweig seien. Auf die Abwehr wurde sofort ein lebhaftes Gewehrfeuer eröffnet, das aber nur den Erfolg hatte, daß ein braunschweigisches Flugzeug getroffen wurde, das zur Verfolgung der hannoverschen aufsteigen war. Die letzteren sind unverletzt entkommen.

Aus Schöningen meldet der „Volksfreund“: Dr. Barth erschoss den Genossen Witte. Der Mörder ist geflüchtet. Die Ritter Barth wurde als Weibel festgesetzt. Ferner wurden durch Handgranaten drei Personen getötet und vier verwundet.

### Lohnstreik der Berliner Truppen.

Die Mannschaften, Unteroffiziere und Feldwebel haben erklärt, daß sie bei der allgemeinen Forderung mit ihrer Forderung nicht mehr auskommen könnten. Ein Teil der Mannschaften ist entschlossen zu kündigen. Die Reichsregierung in Weimar ist über die Forderung der Soldaten unterrichtet worden.

### Schreckensherrschaft in Budapest.

Nach Blättermeldungen aus Budapest haben die Kommunisten auch Priester eingeschreckt. Der Prior der Lazaristen ist bereits erschossen worden. Hunderttausende Besatzungen politisch hervorragender Persönlichkeiten des alten Regimes wurden in den letzten Tagen vorgenommen. Die kommunistischen Machthaber sollen den ehemaligen Palatin Ungarns, den Erzherzog Josef, sowie den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Weyerle und den früheren Handelsminister Baron Szerecsenyi im Budapester Gefängnis haben ermorden lassen. Die Budapester Bevölkerung lebe unter dem Druck einer verbrecherischen Regierung.

### Ein bolschewistisches Bündnisangebot.

Berlin, 14. April.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt über ein russisches Bündnisangebot an die deutsche Regierung folgende Einzelheiten:

Bald nach Ausbruch der bolschewistischen Revolution in Ungarn erhielt Joffe, der sich in Wilna befand, eine von Lenin und Tschitscherin unterzeichnete Note, von der eine Abschrift an Haase gelangt ist. Joffe erhielt den Auftrag, diese Note an Scheidemann gelangen zu lassen. Dies geschah. Die Note wurde von Joffe an einen gewissen Goldberger, einen Agenten Erzbergers gegeben und von diesem Scheidemann überbracht. Eine Abschrift der Note gelangte mit Hilfe der Frau Cohen, Gattin des Unabhängigen Cohen, an Haase. Am Tage der Ankunft der Note fand ein Ministerrat statt, an dem Graf Rautau teilnahm. Die russische Note enthält folgendes: Rußland und Ungarn bieten ein Bündnis gegen die Entente und Polen an und sind bereit, ein Heer von 500 000 Mann sofort zur Verfügung zu stellen. Außerdem wird den Deutschen gestattet, unter den russischen Kriegsgefangenen Rekruten auszuheben. Deutschland werde die Grenzen von 1914 garantiert, nur in Elsaß-Lothringen und Polen soll eine Volksabstimmung stattfinden. Deutschland dagegen verpflichtete sich, dann Rußland gegenüber der Entente Beistand zu leisten. Sein Ministerium ist rein sozialistisch zu gestalten und die Sozialisierung aller Betriebe sofort durchzuführen.

Berlin, 14. April

Ein Vertreter des Bolschewistischen Telegraphischen Bureaus hat den Reichsminister Grafen Broddorf-Ransau, sich zu der heute Morgen in der „Deutschen Tageszeitung“ erschienenen Nachricht mit der Ueberschrift „Ein russisches Bündnisangebot“ zu äußern. Der Minister erklärte, er habe von der ganzen Angelegenheit erst heute durch die „Deutsche Tageszeitung“ Kenntnis erhalten.

Deutsche Nationalversammlung.

(37. Sitzung vom 14. April.)

Das Haus tritt in die Besprechung der sozialdemokratischen Lebensmittelinterpellation ein. Abg. Koch (Soz.) verlangt Verteilung der ausländischen Lebensmittel je nach Bedürftigkeit. Damit auch Minderbemittelte daran Teil hätten, müsse das Reich Mittel zur Verfügung stellen. An der Zwangswirtschaft müsse für die Dauer der Lebensmittelknappheit festgehalten werden.

Ernährungsminister Schmidt

erklärt, daß er mit der Verteilung der Lebensmittel sofort beginnen würde und zwar erst an die Großstädte, da die Lebensmittel dort am ehesten gebraucht würden und dadurch am schnellsten das Industriegebiet versorgt werden würde. Auch sehe er darin ein vorzügliches Mittel zur Bekämpfung der politischen Unruhen. Leider stellen sich unserer Verforgung mit ausländischen Lebensmitteln durch die Streiks sowohl in der Industrie wie bei den Beamten, sowie durch Plünderungen der Lebensmittelmagazine Schwierigkeiten entgegen. Dadurch sinkt das Vertrauen des Auslandes zu unserer Leistungsfähigkeit und unsere Valuta. Mit erhobener Stimme erklärte der Minister, wenn eine große Unruhe im Reich herrsche, so solle sich dieses an die einzig Schuldigen wenden. Die Schuld an dem teuren Preis der ausländischen Lebensmittel sei einzig und allein das Sinken unserer Valuta. Das sich ergebende Defizit für die Beforgung von 600 000 Tonnen Mehl zur weiteren Brotlieferung könne er bei der jetzigen Finanzlage nicht der Reichskasse auferlegen, sondern er müsse auf einen Teil des Mehls eine Einkopprämie hinzusetzen. Er beabsichtige eine neue Einrichtung bei der Brotverteilung in der Weise zu treffen, daß für die Brotkarte mehr Mehl ausgegeben werden dürfe, wodurch es ermöglicht würde, daß die Begünstigten Weizenmehl, die Minderbemittelten Brot kaufen könnten. Mit der Verteilung des Auslandsmehls soll eine große Speiditionsfirma betraut werden. Die Zwangsbewirtschaftung der Eier sei aufgehoben worden, weil der Verwaltungsapparat in seinem Verhältnis zu dem Ergebnis laud, und die kleinen Bauern es gewünscht hätten, mit denen ein gutes Verhältnis zu haben die Regierung das größte Interesse habe. Die Einfuhr ausländischer Lebensmittel werde er nach Kräften unterstützen. Hierzu bedürfe er als Bundesgenossen der deutschen Arbeiterschaft, die die beste Helferin in der Not sei, wenn sie die Erzeugung stärke.

Zentrumsabgeordneter Schlaack verlangt die Hilfe des Reiches, damit auch Minderbemittelte sich ausländische Lebensmittel kaufen können, denn sie bedürften am meisten einer guten Ernährung. Der Redner tritt für die Aufrechterhaltung der Zwangsbewirtschaftung von Brot, Fleisch, Fett und Kartoffeln ein und verpflichtet sich für die Zukunft eine bessere Lebensmittelversorgung durch Rußland.

Abg. Vershofen (Dem.) will bei der Verteilung der ausländischen Lebensmittel die Kommunen ausgeschaltet wissen und sieht in der Arbeit die einzige Rettung vor dem Verhungern. Dazu gehöre vor allem eine Vermögensänderung unserer Arbeiter. Die Zwangswirtschaft will er bei der Einfuhr und Verteilung von Rohstoffen beibehalten. Den einzigen Kredit, auf den Deutschland sich verlassen könne, wäre der Privatkredit der einzelnen Privatunternehmen, die in jahrzehntelanger Arbeit draußen geschaffen worden sei, und sofort eintreten würde, wenn das Ausland sich laßen könne. In Deutschland bahnen sich wieder gesunde Zukünfte an.

Abg. Arnstadt (Dnt.) verlangt teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft. Stärke man die Erzeugung und erhöhe man dem Landwirt ausreichende Preise, dann würde die Landwirtschaft das Volk besser und billiger versorgen können.

Abg. Dusch (D. Vp.) fordert Arbeiter aus den Großstädten für das Land. Er verlangt allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft, lehnt aber die Sozialisierung der Landwirtschaft ab.

Abg. Sturm (U. S.) erkennt an, daß durch die Streiks das Volksermögen geschädigt würde. Die Schuld daran trüge aber die Waffenpolitik der Regierung. Wenn die Arbeiter wieder Glauben und Vertrauen zu ihren Vertretern hätten, würden sie auch wieder Ruhe und Arbeitslust bekommen.

Oberst Wark erklärt, daß die meisten Bestände des Militäres bereits dem Reichsverwertungsamt zur Verfügung gestellt worden seien.

Nächste Sitzung Dienstag.

(38. Sitzung vom 15. April.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Vorlage zur Festlegung des 1. Mai als Nationalfeiertag. Nach der Regierungsvorlage sollte der 1. Mai zu einem allgemeinen Nationalfeiertag erhoben werden. Hierzu beantragen die Abg. v. Pauer (Dem.) und Müller-Breslau (Soz.) den entscheidenden Paragraphen wie folgt zu fassen: Es wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, der dem Gedanken des Weltfriedens, des Völkerbundes und des internationalen Arbeiterbundes gewidmet ist und für den der Charakter eines Weltfeiertages erreicht wird. Seine endgültige Festlegung erfolgt nach Friedensschluß und vor Verabschiedung der Verfassung. In diesem Jahre wird er am 1. Mai gefeiert, zugleich als eine Volkstundegebung für politischen und sozialen Fortschritt, für einen gerechten Frieden, für volle Gleichberechtigung im Völkerbund. Der 1. Mai 1919 gilt im Sinne reichs- und landesgesetzlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag. Die Unabhängigen beantragen, auch den 9. November zu einem allgemeinen Feiertage zu machen.

Reichsminister Dr. David:

Wir fordern einen allgemeinen Feiertag, der den hohen Idealen des internationalen Arbeiterbundes und des Weltfriedens gewidmet werden soll. Die moderne kapitalistische Wirtschaftsentwicklung bedroht den Menschen mit gesundheitlichen Schädigungen und persönlicher Verflämung. Dagegen bürme sich der Wille der zum Kulturbewußtsein erwachten Arbeiterschaft auf. Die Revolution hat der deutschen Arbeiterschaft mit einem Schlag die Erfüllung der Forderung des Achtstundentages gebracht. Der 1. Mai, bisher ein Kampffesttag der proletarischen Arbeiterschaft, soll nunmehr ein allgemeiner Volksfeiertag werden. Nach wird erdörterter Kampf geführt zwischen Parteien und Fraktionen in unserem Volk. Aber auch der ernste Wille, auf der neuen politischen Grundlage die Geensätze zu überwinden, soll am 1. Mai zum Ausdruck gebracht werden. Und noch einem zweiten Ideal gilt der 1. Mai, dem Ideal einer dauernden Gemeinschaft der Völker. Erleben die Forderung eines dauernd gesicherten Weltfriedens als das Ideal einer noch ferneren Zeit, so ist die Forderung heute eine der dringendsten und heftigsten der internationalen Politik geworden. Die lebende Generation, die draußen oder in der Heimat diesen Krieg durchlebt hat, will keinen Krieg mehr. Sie will aber auch, daß ihre Kinder und Kindeskinde von ähnlichen Kriegen verschont werden. (Die Sitzung dauert fort.)

Preussische Landesversammlung.

Nach einer kurzen Beratung über Anträge des Geschäftsordnungsausschusses trat das Haus in die Beratung des von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen unterzeichneten Antrages Gräfe betr. die Friedensbedingungen ein. Präsident Leinert führte aus: Die Zukunft der Kulturnationen ist abhängig von den Beschlüssen der Friedenskonferenz, die von dem Vertrauen aller teilnehmenden Nationen getragen sein müssen. Wir brauchen einen Frieden, der auf Gerechtigkeit aufgebaut ist und auf der Verständigung der Völker. Die Grundlagen müssen die 14 Punkte Wilsons sein. Der Antrag wird bei Stimmeneinstimmung der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Die Beratung einer Gruppe von Anträgen betreffend die Gemeinde- und Kreiswahlreform nahm nur kurze Zeit in Anspruch. Nach kurzen Ausführungen der Vertreter der Parteien präsierte Geheimrat Meyer als Regierungsvertreter den Standpunkt der Regierung, wobei er ankündigte, daß die Regierung bald ein neues Gemeindefachgesetz einbringen werde. Die Anträge gehen an den Gemeindefachausch. Ein Antrag der Deutschnationalen fordert die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht, die Förderung der Volksschule und des Lehrerberufs. Abg. Herrmann (Deutschnat.) wünscht die Beseitigung der überfüllten Klassen. Kultusminister Hänisch erklärt, die Notlage der Lehrer würde von der Regierung vollkommen gewürdigt. Ein Gesetzesentwurf auf allgemeinen Erlass der geistlichen Schulaufsicht durch die Volksschulaufsicht ist fertiggestellt und wird dem Haus in wenigen Wochen vorgelegt.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte, in der der Unabhängige Kleinjahn die religiöse Schule fordert, vertagte sich das Haus auf Samstag.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 16. April.

Seefischverteilung. Am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche werden an Haushaltungen, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben A-G beginnt, in den hiesigen Fischgeschäften 250 Gramm frische Seefische gegen Vorlage des Haushaltsausweises und Eintragung des Buchstabens A auf der Rückseite der Nährmittelfkarte ausgegeben. Der Kleinverkaufspreis für die einzelnen zur Verteilung kommenden Fischsorten wird durch Aufschlag in den Fischhandlungen und im Treppenhause des ehemaligen Anzeigensbureau gegeben.

Preiserhöhung für Braunkohlenbriketts. Im Angelegenheit der vorliegenden Ausgabe befindet sich eine Bekanntmachung über eine Preiserhöhung für Braunkohlenbriketts. Sie beträgt 40 Pfennig je Zentner.

Am Karfreitag, 19. April, bleiben die Geschäftsräume der hiesigen Reichsbankstelle für den Verkehr geschlossen.

Die Betriebsgemeinschaft kaufmännischer Verbände kann eine lebhafte Nachfrage nach ihren berufswissenschaftlichen Lehrgängen verzeichnen. Dieses gemeinnützige Unternehmen wird von den der B. K. V. angehörigen Verbänden und Vereinen gestützt, vom Magistrat durch Ueberlassung von Schulräumen und von der Handelskammer durch geldliche Beihilfe gefördert. Lehrkräfte sind im Beruf stehende Praktiker. So kann Gewähr für wirklich brauchbare Unterweisung der Teilnehmer bei niedrigen Gebührenföhen geboten werden. Bedürftigen Angehörigen des Kaufmannstandes können auf Antrag aus den Beihilfen der Handelskammer noch einige Freistellen gewährt werden. Als Schlußtag für Anmeldungen ist der 18. April, als Beginn der Lehrgänge der 21. April festgesetzt. Anmeldungen, die noch in beschränkter Zahl berücksichtigt werden können, wolle man an die Geschäftsstelle der B. K. V., Seidenplatz 3, richten, wo auch bereitwillig jede Auskunft erteilt wird.

Hauspflege für Minderbemittelte. Man schreibt uns: Wer in der sozialen Arbeit steht, muß oft die schmerzliche Erfahrung machen, daß in den Familien, wo die Mutter durch Krankheit an der Verrichtung ihrer häuslichen Arbeiten verhindert ist, das ganze Hauswesen, besonders die Versorgung der unruhigen Kinder große Not leidet. Es sind nicht einmal die schlimmsten Fälle, wenn schuldlos Kinder, die selbst der Pflege und Versorgung bedürfen, die Arbeit der Mutter zu erleben versuchen. Gälte wohlmeinender Nachbarinnen, wo sie zu haben ist, reicht bei weitem nicht aus. Nur zu oft zwingt die Notlage der Familie die Mutter, vorzeitig vom Krankenlager aufzustehen und die Arbeit wieder zu übernehmen, nicht selten unter schwerer Benachteiligung ihrer Gesundheit. Bedenkt sie der Krankenhauspfllege, so müssen die Kinder vielfach in verschiedenen Anhalten untergebracht werden. Sorge und Unruhe darüber erschweren die Genesung der Mutter. Aus diesen Räten heraus entstand der Wunsch, auch hier die liebenswürdige Einrichtung der Hauspflege zu treffen, wie sie sich in unseren Nachbarstädten Frankfurt und Mainz schon seit Jahren bewährt hat. Angegliedert an den Stadtverband für Jugendfürsorge, hat sich ein Ausschuss gebildet, welcher die Hauspflege für Unbemittelte und Minderbemittelte in die Wege leiten will. Frauen, welche sich dieser Arbeit widmen wollen, werden ersucht, sich am hiesigen Arbeitsamt zu melden, das sie dem Ausschuss überweisen wird. Es ist in Aussicht genommen, einige Frauen gegen sehr geringe Vergütung anzustellen, damit sie stets zur Verfügung stehen. Die Geschäftsstelle befindet sich Querstraße 4, C. Dort sollen sich auch die Familien melden, denen not tut. Sprechstunden täglich von 9-3 Uhr.

Raminbrand. Die Feuerwehr wurde am Dienstag Nachmittag nach Faulbrunnstraße 12 gerufen, wo ein Raminbrand ausgebrochen war. Das Feuer wurde schnell gelöscht.

Ein schwerer Unglücksfall mit beklagenswerten Folgen ereignete sich am Dienstag Nachmittag in einer Kohlenhandlung am Westbahnhof, wo eine Wand einstürzte und zwei Personen unter den Trümmern verwickelte. Schwere Verletzungen erlitt der Arbeiter Koch aus der Elvirer Straße 12; er wurde von der Sanitätswache nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht; sein Zustand ist ernst. Ferner wurde mit einem Schenkelbruch und inneren Verletzungen Frau Maadlene Schmidt aus der Schierkeiner Straße nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht, doch gibt allmählicherweise in diesem Falle, wie wir erfahren, das Befinden der Verletzten zu Befragten keinen Anlaß.

Schülerausführung in Schreibers Konservatorium der Musik. Am Sonntag fanden in den Räumen des Konservatoriums zwei Schülerausführungen aller Klassen statt. Klavierspieler und Geiger und Cellisten setzten in ihren Vorträgen nicht laub. re Technik und verständnisvolles Eingehen auf den Geist der jeweiligen Komposition. Als glanzvolle, abgerundete Leistungen sind anzuführen: die Wiedergabe des Menuetts von Handel und Walzers von Beerhoben für Klavier, Großstücke von Schubert, Arie aus "Rinaldo" von Pöndel, für Violoncell. Das Beste wurde in der Aus-

föhrung von Beethoven's F-dur-Sonate für Klavier und Violin und Walzers von Max Reger geboten. Herr Brandt, Konzertorganist und Lehrer für Gesang am Konservatorium hat in Liedern von Schubert Schumann, Hugo Wolf und Brahms wiederum seine hohe Gesangskunst zu Ehren gebracht. Reichlich Beifall lebte die Vortragenden.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

a. Frankfurt, 15. April. Eine schaurige Bestrafung. Einer alleinlebenden Dame in Bodenheim überbrachte die Post am Montag früh ein Paket. Als die Empfängerin die Sendung öffnete, schaute sie aus der Umpackung ein - Menschenkub. Die zu Tode erschrockene Dame übermittelte das Paket der Kriminalpolizei, die feststellte, daß der künftige recht obetrennte Fuß aller Wahrscheinlichkeit nach mit einem Verbrechen nicht im Zusammenhang steht, sondern einem anatomischen Institut entstammt. Nach dem Urheber des schrecklichen Verbrechens wird gefahndet.

s. Kassel, 15. April. Gegen den Eierwucher. Der Führer des hiesigen Bauernbundes, Hellwig-Kelce, ersucht in den Ortsstellen einen Aufruf an seine Berufsangehörigen, in dem er vorschlägt, in jedem Orte von Arbeiter- und Bauernräten die Besugnis einzuziehen, einen moralischen Zwang zur Eierlieferung zum Verkaufspreis von 40 Pfg. einzuföhren, um zugunsten der Allgemeinheit den Eierwucher zu beseitigen.

Vermischtes.

Zwei Kinder beim Aufsteigen eines Flugzeuges verunglückt. Unschick, 14. April. Am Samstag vormittag wurde bei dem Wiederaufsteigen eines notareländischen Flugzeuges ein Kind getötet und drei Kinder so schwer verletzt, daß sie noch an demselben Abend starben.

Lebensmittelbeschaffungsmaßnahmen in Frankfurt. Die von der Hilfskommission aufgenommenen Durchsuchungen nach Lebensmittelvorräten in Herrschaftshäusern und besseren Restaurants brachten reiche Ergebnisse. Aus dem Keller holte man u. a. 3 große Kisten Mehl, je eine große Kiste mit Ruder, Erbsen, Graupen und Weizen. 31 D. Schinken, 18 Seiten Speck, 211 ganz frische Eier, zahlreich Dauerwürste und 150 Dosen Straßburger Wurstwaren, von denen die letzte Dose mit 400 Gramm laut gedruckter Aufschrift 51,20 M., die große Dose 100 M. kostete. Im Weinrestaurant Wolpertus beschlagnahmte man eine Kiste mit gebrauchtem Bohnenkaffee, 2 Pfd. Kaffee, 100 Pfd. Fett, 20 Pfd. Gänsefett, 74 Pfd. Schinken, 203 Pfd. Erbsen und 74 Pfd. Mehl. Bei einem Kaufmann Julius Cohen beschlagnahmte man eine wichtige Kiste mit Zigarinen und noch 36 Pakete Zigarren, etwa 600 Eier, Petersilien, Schinken und Speck. Bei einem Fabrikanten A. D. Kauer mehrere hundert Eier, bei einem Fabrikbesitzer Paul Kauer vier Kisten Erbsen und Säcke mit Bohnen, Pinien, Nüssen und Zucker. - Die Lebensmittel wurden durch besondere Vertrauensleute des Arbeiterrates unter Umgehung jeder Mittelsperson in den Krankenhäusern, Lungenheilbäusern und Wöchnerinnenheimen den Kranken persönlich übergeben.

Hände hoch! In einer der letzten Nächte drang eine uniformierte Mäuserbande in die Räume eines Schlafsaales im Berliner Weiden ein und plünderte die Zellräume vollständig aus. Nur dem Wächter gelang es mit der Kasse durch ein Fenster zu entkommen. Im Raub waren etwa 30 Herren und 10 Damen anwesend, als gegen 1 Uhr morgens 2 Autos anfuhrten. Wenige Sekunden darauf drang ein Dutzend bewaffneter Soldaten in die Wohnung und rief "Hände hoch", während sie gleichzeitig mit Revolvern und Handgranaten drohten. Den Spielern wurden von den Räubern Briefschaften und Schatzkästchen abgenommen.

Die bestbezahlten Berner. Aus Berlin berichtet die "Deutsche Zeitung": Die Rüstungsarbeiter verdienen im Reich Geld, daß sie allmonatlich mehrere Male freieren können. Die Kellner verdienen ebenfalls ein Heidenloch - wöchentlich 100 bis 300 Mark bei Lohn und in anderen Städten. Auch die Munitionsarbeiter, Hornzer, Transportarbeiter usw. verdienen heute noch mit vielen anderen Arbeitern recht hübsche Einnahmen. Sie alle reichen aber nicht an die Werkschlichter heran. Ein hiesiger Werkschlichter verdient heute täglich 300 Mark. Er erhält für jedes Pferd 30 Mark und kann durchschnittlich zehn Pferde täglich im Werkfeld befördern. Werkschlichterereaktionen, die heute über ein Verdienen von hundert bis zweihunderttausend Mark verfügen, kann man in der Greifswalder Straße antreffen. Sie tauschen mit keinem Meister.

Ein bahnbrechender Trabant der Erde. In einer wissenschaftlichen Unternehmung des weittrauenden deutschen Geschlechtes betrachtet nach den Naturwissenschaften (Zeitung von Julius Springer, Berlin), das englische "Journal of the Royal Astronomical Society" die Möglichkeit eines Geschlechtes, das ein Geschloß ähnlich von der Erde was in den Raum hinauswürgelt. Die dazu erforderliche Geschwindigkeit ist nicht so sehr viel größer als die bisher erreichte von einer Meile (1600 Meter) pro Sekunde beim Verlassen der Erdschuldwindung. Wenn man ansetzt, diese Geschwindigkeit auf fünf Meilen pro Sekunde zu erhöhen, so wird jedes Geschloß, wenn es unter einem geeigneten Steigerungswinkel abgehoben wird, um die Erde kreisen wie ein Licht an der Erde umlaufender Trabant und seine Fahrt 17-18mal täglich durchzuführen. Mit einer Geschwindigkeit von etwa 7 Meilen pro Sekunde wird es in den Raum hinausfliegen, ohne zurückzukommen.

Volkswirtschaft.

Landwirtschaft.

Ac. Die Dohheimer Landwirte gegen die hohen Preise für Saatkartoffeln. Dohheim, 12. April. Hier fand eine landwirtschaftliche Versammlung statt, in der über die Notwendigkeit eines vermehrten Kartoffelanbaus und Verwendens von besseren Saatguts gesprochen wurde. In der sich anschließenden Debatte bemängelte man die Preispolitik des Kommunalverbandes, der das zu 30 M für den Zentner bezogene Saatgut wohl zu 20 M an die Landwirte abgibt, aber dafür die Preise für den Verbrauch unentgeltlich steigert. Die Gemeinde könne in erschlaffte Saatkartoffeln durch einen Großhändler schon zu 18 M erhalten. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: Sie lehnt das Anerbieten des Kommunalverbandes ab, da die hohen Preise den Landwirten eine ungeheure Belastung der gesamten Versorgung des Landvolkes bedeuten und nur den Bauer keinen Gewinn bei den höchsten Preisen wird es unmöglich sein, seine Preise zu zahlen, und die Landwirte erhalten keinerlei Gewinn, daß in der Ernteseit die Zwangsbewirtschaftung in der bisherigen Weise fortbesteht und sie die in Aussicht gestellten Preise auch wirklich erhalten.

Hauptgeschäftsführer: Bernhard Gröbner. Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: Dr. G. C. Eilenberger; für Stadt- und Landverhältnisse, Ort und Sport: Dr. G. C. Eilenberger; für die Anzeigen: Paul Eilenberger. Druck-Verlag der Wiesbadener Anzeigen-Druckerei G. m. b. H.



# Niederlage der Reichelbräu A.-G. Kulmbach i. Bayern



**Versand von**  
**Selbstschänkern**  
zu 3, 5 u. 10 Liter  
in feinsten Qualität

**Spezial-Ausschank:**  
**Bobbeschänkelche**  
Röderstrasse 39  
Gut bürgerliche Gastwirtschaft.

**Lieferung von**  
**Flaschenbier**  
in bester Beschaffenheit  
frei Haus.

Fernruf 447.

## Prima Herren-Anzug-Stoffe

blau, grün, braun, grau und gemustert  
per Met. M. 39.—, 45.—, 58.—, 75.—

### Anzüge nach Mass

unter Garantie für guten Sitz und Verwendung von  
nur erstklassigen Zutaten  
(kein Ersatz- oder Papierfutter)  
M. 390.—, 450.—, 500.—, 550.—

### Damen-Strassen-Costüme

M. 142.—, 152.50, 173.50

### Mädchen-Kleider

Grösse 45—100 von M. 10.— bis M. 40.—

### Kanin-Felle, weiss und farbig,

per Stück M. 2.50, so lange Vorrat reicht

## Bruno Wandt

Kirchgasse 56. [630]

## Blusen

mit Stehkragen, für Jackenkostüme  
in Seide, Crêpe de chine und Voile  
in weiss und farbig.

## G. H. Lugenbühl

Marktstrasse 19 Grabenstrasse 1.



## Spedition

### J. & G. ADRIAN

Bahnhofstrasse 6 Hofspediteure Fernspr. 59 u. 5223

Pünktliche Abholung und Beförderung  
von Frachtgütern, Eilgütern und Gepäck.

Lagerung von Kisten, Koffern und Möbeln.

## Schmucksachen,

Pfandschmelze, Brillanten, goldene und silberne Herren-Uhren, Uhren,  
Leuchter, Aufzüge, **Zahngelasse,**  
Brennflüsse, Reinplatin, sowie Pelze und Musikinstrumente  
kauft zu hohen Preisen

### Jul. Rosenfeld, Wagemannstraße 15. Telefon 3914.

Pfandschmelze von Frankfurt, Mainz und Wiesbaden. [635]

## Beleuchtungskörper

modern, grosse Auswahl, billigste Preise.

### Flack, Luisenstrasse 44,

neben Residenztheater. [640]

Telefon 747 frei.

## Großer Markenfreier Hühnerverkauf

in sämtlichen Geflügelhandlungen

- Sorte pro Pfd. Mk. 9.50
- Sorte pro Pfd. Mk. 8.50
- Sorte pro Pfd. Mk. 6.00

Bereinigung der Geflügel- und Wildbreithändler  
Wiesbaden. [1787]

## Grabdenkmal- und Friedhofskunst

Wiesbaden Nicolajstraße 3  
Kriehagen 408

Entwurfs- u. Beratungsstelle für Denkmal-, Anpflanzen-,  
Einzelgräber, Erbengruben, Familiengruben, Friedhofsanlagen,  
Reinigung, Aufbruch in neue Gräberanlagen,  
Auf Wunsch Lieferung von Grabsteinen mit zahlreichen Abbildungen.

Ständige Ausstellung von Entwürfen

Wiesbaden von Grabdenkmälern [630]

## Antike Möbel

Antike Porzellane  
Antike Seidenstoffe  
Antike bunte Kupferstiche  
Antike Oelgemälde  
Antike Bronzeuhren  
Perser Teppiche  
 Brillanten und Perlen

gegen hohen Preis zu kaufen gesucht

### Wagmann, Saalgasse 26. [1117]

## Seefisch-Verteilung.

Am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche werden an  
Hohabaltungen, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben H-G  
beginnt, in sämtlichen Fischgeschäften

## 250 g Seefische

gegen Vorzeigung des Haushaltsausweises und Eintragung des  
Buchstabens „X“ auf die Rückseite der Nährmittelliste aus-  
gegeben. Sorten und Preise der Fische werden durch Plakat-  
ausgaben im Treppenhause des ehem. Museums sowie in den  
Schaukästen der Fischhandlungen bekanntgegeben. Anfordern auf  
Lieferung einer bestimmten Fischsorte besteht nicht. Die Ge-  
schäfte können vielmehr nur diese eine Sorte abgeben, die ihnen  
zur Verteilung überwiesen ist.

Wiesbaden, den 14. April 1919. Der Magistrat. [1358]

## Perser-Teppich und 2 Verbindungs-Stücke

gegen hohen Preis zu kaufen gesucht. [1120]

### Wagmann, Saalgasse 26.

## Volksschüler

werden zu allen Prüfungen  
schnell und sicher vorbereitet.  
Nach kaum einj. Vorbildung  
erlangen solche das Einj.-  
Freiw.-Examen und die Reife  
für Obersekunda. [M1340]

### Mainzer Pädagogium

Kaiser Friedrich-Str. 25, Fernruf 3173  
Sprechzeit 11—12 Uhr

## Herren- garderobe Damen- kostüme

für Beamte u. An-  
gestellte zu soliden  
Preisen und kul. Be-  
dingungen bei Neu-  
anfertigung und  
Stofflieferung.

Näh. Postschlies-  
fach 137 Mainz.

## Max Bucksath

Hofopernsänger a. D.  
Rauenthaler Str. 20, I.

## Gesang-Unterricht

Singen ohne Anstrengung  
(loser Ton) individ. Stimmben-  
handlung. - Sprechst. 1-3 Uhr

Wieder eingetroffen!  
Garantiert reiner  
**Tabak**  
Mittelschnitt,  
gute fermentierte Ware,  
1/2 Pfund 6.— Mk.

### Cigarrengeschäft Joseph Witte

Schiersteiner Straße 1a,  
Ecke Adelsheidstraße.

## Günstige Gelegenheiten zu Kauf und Miete von herrschaftl. Villen und Etagen

weist nach 4429

### J. Chr. Glücklich,

Tel. 6656. Wilhelmstr. 56.

## Schuhreparaturen

in laudabler Ausführung. Um-  
ändern von Militärschuhen und  
Schwäbisch. Färber, Schwal-  
bacher Str. 49 (Aden). Ecke  
Kauritiusstraße. [401]

## Prima gewaschene Gartenkies

Neuere waagerechte, Bester-  
wälder Landwerke. Niederreus-  
heim. [1360]

## Düngemittel

offiziert E. Weiss, Nordenstadt,  
Str. Wiesbaden, Tel. 4247. [1370]

## Brennholz

**Buchenholz, prima Qualität, offenstichig**  
gehackt und gespalten per  
Zentner Mk. 5.75,

**Eichenholz, Qualität, offenstichig**  
und gespalten per Zentner Mk. 5.75.

frei Haus.

Die Preise verstehen sich bei Abnahme von mindestens  
10 Zentner. Bei Bezug ab Lager ermäßigt sich der Preis um  
50 Pf. je Zentner.

### Heinrich Fries & Co., Holzhandlung,

am Güterbahnhof „Welt“. - Telefon Nr. 168. [1380]

## Höchstpreise für Briketts.

Die in unserer Verordnung vom 27. 1. 1919 festgesetzten  
Höchstpreise für Braunkohlen-Briketts werden um 40 Pfennig je  
Zentner erhöht.

Der Höchstpreis beträgt mithin für Braunkohlen-Briketts

ab Bahnlager	3.25 RM.
ab Stadtlager	3.75 RM.
frei Keller	4.25 RM.

Die neuen Preise treten mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.  
Im übrigen bleiben die Bestimmungen unserer Verordnung  
vom 27. 1. 1919 in Gültigkeit.

Wiesbaden, den 14. April 1919. Der Magistrat. [1390]

## Betrifft sämtliche Kolonialwarenhändler.

In Anbetracht, dass ein Teil der Bevölkerung die Nähr-  
mittel-Kundenkarten am Ende dieser Woche für den Bezug von  
Konsummitteln benötigt, wird die laut Bekanntmachung vom  
22. März ds. J. den Händlern auferlegte Einzelnachweispflicht  
dieser Karten hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, den 14. April 1919. Der Magistrat. [1397]

In unfer Handelsregister A ist heute unter Nr. 1381 bei  
der Firma Apparatebau Lannus, Mechanische Werkstatt und  
Automatenfabrik Hermann Goller zu Dieblich a. Rh. folgen-  
des eingetragen:

Der Kaufmann Otto von Sonden zu Sonnenberg ist in das  
Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die  
offene Handelsgesellschaft hat am 1. April 1919 begonnen. Die  
Firma lautet jetzt: Apparatebau Lannus Goller u. Cie und ist  
unter Nr. 1398 der Abteilung A des Handelsregisters ein-  
getragen.

Wiesbaden, den 8. April 1919. Das Amtsgericht, Abteilung 17. [1405]

## Betr.: Abgabe der Umsatzsteuer-Erklärungen.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 27. Fe-  
bruar d. J. werden diejenigen Gewerbetreibenden, die eine Um-  
satzsteuer-Erklärung bis jetzt nicht abgegeben haben, hiermit  
wiederholt aufgefordert, ihrer Verpflichtung nunmehr innerhalb  
14 Tagen nachzukommen. Die nicht rechtzeitige (d. h. bis 2. d. d. J.  
erfolgte) Abgabe der Umsatzsteuer-Erklärung hat die Aufhebung  
eines Zuschlags bis zu zehn vom Hundert der endgültig fest-  
gestellten Steuer zur Folge, außerdem kann die verspätete Abgabe  
hundertfünftel Mark belegt werden.

Wiesbaden, den 7. April 1919.  
Der Magistrat - Umsatzsteueramt.  
(Nicolajstraße 13.)

## Bade im Badehaus!

12 Bäder Mark 10.—  
6 " " 5.—  
1 " " 1.—  
mit Ruheraum.

## Badehaus zum Goldenen Brunnen

Starke warme Quelle. Goldgasse 10.